

Wirtschaftsflüchtlinge in Israel

1. Seit den vergangenen Jahren steht Israel, wie viele andere Industrienationen, vor Herausforderungen, die durch illegal ins Land kommende Menschen entstehen. Die meisten von ihnen sind Wirtschaftsflüchtlinge auf der Suche nach besseren ökonomischen Möglichkeiten als in ihren Heimatländern. Ungefähr 85 Prozent derjenigen, die seit 2006 illegal nach Israel gekommen sind, sind Männer im Alter von 21 bis 40 Jahren: hauptsächlich Arbeitssuchende, die rechtlich nicht als Flüchtlinge gelten.
2. Die Gesamtzahl der Menschen, die seit 2006 illegal die israelisch-ägyptische Grenze überquert haben, wird auf mehr als 64.000 geschätzt. Einige von ihnen haben Israel seitdem freiwillig verlassen, so dass nach Angaben des israelischen Innenministeriums derzeit 53.600 illegale Einwanderer in Israel sind, die das Land über Ägypten erreicht haben. Hinzu kommen 70.000 legale ausländische Arbeiter, die bereits in Israel sind und 100.000 Gastarbeiter, die legal ins Land gekommen sind und nun illegal dort leben.

Die schiere Anzahl der Menschen und die weitreichenden Fragen, die dadurch aufgeworfen werden, stellen eine erhebliche Herausforderung für Israels Wirtschafts- und Sozialsystem dar – ein Land mit acht Millionen Einwohnern.

3. Die Situation in Israel ist weitaus komplizierter als in anderen Industrieländern. Israel ist das einzige Industrieland mit einer langen Landgrenze zu Afrika und damit vergleichsweise zugänglicher für Einwanderungswillige, die in ein Industrieland gehen möchten.

Hinzu kommt, dass es aufgrund Israels geostrategischer Lage und der derzeitigen politischen Instabilität an seinen Grenzen, praktisch unmöglich ist, eine gemeinsame regionale Lösung mit den Herkunfts- und Transitländern zu erarbeiten. Derlei Übereinkünfte werden regelmäßig von anderen Industrienationen, wie den EU-Staaten und den USA, genutzt, die nicht vor solchen Schwierigkeiten stehen wie Israel.

4. Israel ist bemüht, einen Ausgleich zwischen der Notwendigkeit der Sicherung seiner Grenzen und dem Schutz der Menschenrechte derer, die einreisen, zu finden. Israel hat ungefähr 60.000 Migranten Schutz gewährt, ohne dass sie vorab nachweisen mussten, dass sie einen individuellen Anspruch auf einen Aufenthalt in Israel haben. Diese Personen machen ungefähr 95 Prozent jener aus, die illegal über die Südgrenze nach Israel gekommen sind.
5. Israel hat, wie jedes andere Land auch, das Recht, eine Einwanderungspolitik zu erlassen, die das illegale Eindringen in seinen Hoheitsbereich beschränkt und trotzdem legale Einwanderung und den Schutz von Flüchtlingen zulässt.

Es ist gängige Praxis in westlichen Staaten, seine Grenzen zu kontrollieren und jene in Gewahrsam zu nehmen, die sie illegal überqueren. Diese Länder haben wie Israel das Recht, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um die Identität und den Flüchtlingsstatus derjenigen, die in ihr Territorium kommen, zu überprüfen – ob es sich also um legitime

Asylsuchende oder illegale Einwanderer handelt. Entsprechend kann entschieden werden, ob der Asylstatus gewährt werden kann oder andere Maßnahmen ergriffen werden, wie die Rückführung ins Heimatland.

6. Die Anträge hunderter Asylbewerber sind seit Beginn der Einrichtung der Abteilung zum Feststellungsverfahren des Status von Flüchtlingen in der Bevölkerungs- und Einwanderungsbehörde im Juli 2009 bearbeitet worden. Um eine kürzere Bearbeitungszeit zu erreichen, wurde das Personal der Abteilung verdoppelt. Die Abteilung arbeitet in Zusammenarbeit mit dem UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der UN), der die Abteilung auch geschult hat.

Die Untersuchungen der Anträge finden in Übereinstimmung mit Israels internationalen Verpflichtungen, basierend auf der Genfer Flüchtlingskonvention (1951) statt. Die Umsetzung wird auf Grundlage des israelischen Rechts in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Obersten Gerichtshofs durchgeführt.

7. Israels Gesetzgeber des Jahres 2013 hat das Gesetz aus dem Jahr 2011 verändert, das vom Obersten Gerichtshof für ungültig erklärt worden war. Ziel des neuen Gesetzgebers ist die Senkung der finanziellen Anreize für Wirtschaftsmigranten, illegal nach Israel zu kommen, während gleichzeitig Menschen in Not weiterhin Schutz in Übereinstimmung mit Israels internationalen Verpflichtungen gewährt werden soll.

Das Gesetz beinhaltet zwei Maßnahmen:

- Es beschränkt die maximale Verwahrungsdauer für alle illegalen Einwanderer, die seit Inkrafttreten des Gesetzes die Grenze überquert haben, auf ein Jahr. In diesem Zeitraum wird innerhalb von sechs Monaten in Übereinstimmung mit internationalen Standards eine Einschätzung vorgenommen, ob es sich bei der Person tatsächlich um einen Flüchtling handelt.
- Die offene Unterkunft Holot in Südisrael wurde errichtet, um die große Anzahl illegaler Einwanderer zu beherbergen, die die Grenze von Ägypten aus überquert haben. Holot ist kein Gefängnis. Die Migranten haben tagsüber die Möglichkeit, das Gelände zu verlassen. Die Bewohner finden dort angemessene Lebensbedingungen vor und werden mit Essen, einem Wohnplatz, sowie sozialen und medizinischen Diensten versorgt.

Andere westliche Staaten – unter ihnen Italien, die Niederlande, Belgien, Schweden und die Schweiz – haben vergleichbare Unterkünfte für illegale Einwanderer errichtet.

8. Die Werte des jüdischen Volkes und seine lange Geschichte der Verfolgung machen Israel besonders sensibel für diese Frage der Menschenrechte, zu der es eine lebhaft andauernde interne Debatte gibt.
9. Asylsuchende, deren Flüchtlingsstatus bestätigt wurde, genießen in Israel alle entsprechenden Rechte. Dies wurde in der Vergangenheit bereits unter Beweis gestellt,

beispielsweise als Israel Vietnamesen einlud, die während des Vietnamkriegs auf Boten aus ihrem Land flohen oder der Aufnahme bosnischer Flüchtlinge in den 1990er Jahren.

10. In Israel hält sich der größte Anteil illegaler Einwanderer aus Eritrea und dem Sudan in den westlichen Ländern auf. Laut Zahlen des UNHCR ist Israel das dritthäufigste Zielland für Migranten aus Eritrea – nach dem Sudan und Äthiopien – und das fünfthäufigste für Menschen aus dem Sudan.

Anders als behauptet, untersucht Israel tatsächlich die Asylgesuche von sudanesischen und eritreischen Bürgern. Allerdings haben von den fast 50.000 Sudanesen und Eritreern, die illegal nach Israel gekommen sind, lediglich ungefähr 1.800 Asyl beantragt. Ein Teil von ihnen wurde für den Flüchtlingsstatus vorgeschlagen und ihre Anträge werden derzeit im beratenden Ausschuss des Innenministeriums diskutiert. Es sollte hierbei beachtet werden, dass 67 Prozent der Migranten, die über Ägypten in Israel ankommen, aus Eritrea, 25 Prozent aus dem Sudan und die verbliebenen acht Prozent aus verschiedenen anderen Ländern stammen.

Fragen und Antworten zum Gesetz gegen die illegale Einwanderung (2013)

Befördert das neue Gesetz geschlossene/ haftähnliche Unterbringungen?

Nein. Personen, die sich in der Unterkunft Holot aufhalten, dürfen das Gelände verlassen und eine spezielle Busverbindung nutzen. Bestimmte Meldeverpflichtungen sollen es für diese Personen erschweren, illegal außerhalb der Unterkunft zu arbeiten, um die finanziellen Anreize für einen dauerhaften Aufenthalt in Israel zu verringern.

Wenn Holot keine Haftanstalt ist, wieso wird der Komplex vom Israelischen Gefängnisdienst verwaltet?

Die Regierung beauftragte den Gefängnisdienst als verwaltendes Organ aufgrund seiner Erfahrungen und angesichts der begrenzten Zeit, die vom Gericht für die Umsetzung zur Verfügung gestellt wurde. Allerdings wird das Personal des Gefängnisdienstes besonders geschult; es hat nicht die gleichen Befugnisse wie in Gefängnissen und andere Regierungsministerien werden mit allen relevanten Angeboten auf dem Gelände betraut werden, wie das Bildungsministerium, das Gesundheitsministerium und das Ministerium für Sozialleistungen. Eine Polizeistation wird ebenfalls auf dem Gelände untergebracht werden. Außerdem wird ein Regierungsbeamter, der vom Innenministerium benannt wird, die Anlage leiten und nicht der Leiter des Gefängnisdienstes.

Werden die Migranten in der Einrichtung die Möglichkeit haben, ihren Flüchtlingsstatus überprüfen zu lassen?

Nach derzeitiger Gesetzgebung hat jeder Mensch das Recht, Asyl in Israel zu beantragen. Während der Debatte in der Knesset gab der Innenminister bekannt, dass die Überprüfung des Asylstatus der Menschen in den Unterbringungen Vorrang haben wird gegenüber denen, die sich in israelischen Städten und Ortschaften aufhalten.

Missachtet das Gesetz die internationalen Verpflichtungen Israels?

Nein. Israel erfüllt seine internationalen Verpflichtungen und hat bei der Schaffung dieses neuen Gesetzes sowohl seine Verpflichtungen, als auch seine einzigartige geopolitische Situation berücksichtigt.